

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 42

Köln, den 14. Oktober 1932

33. Jahrg.

Gesetzgeberische Experimente. *Angabe A.*

Seit Wochen gelten nun schon die Bestimmungen der Notverordnung zur „Belebung der Wirtschaft“. Die Regierung hat ihre Belebnungsabsichten weiter untermauert durch die Verordnung zur Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsgelegenheit. Bisher wurden schon mehrere Ausführungsbestimmungen zu letzterer erlassen, die aber auch nicht den von der Regierung so heiß erstrebten Erfolg herbeigeführt haben. Die Schwierigkeiten, Gesetze und Erlasse zu Papier zu bringen, sind gewiß viel weniger groß als diejenigen, die sich bei der Durchführung derselben heraus- und einstellen. Wenn also die verantwortlichen Minister sich auf ihre Leistungen etwas zugute tun, dann schließt das nicht aus, daß ihre Referenten verzweifelt die Hände ringen und weder aus noch ein wissen. Andeutungen nach dieser Richtung entbehren nicht einer gewissen Wahrscheinlichkeit.

Der große Wurf, die Arbeitslosigkeit in Deutschland fühlbar einzuschränken, sollte mit der Verordnung zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit gelingen. Neben den für Neueinstellungen bereitgestellten Steuergutscheinen, die als Einstellungsprämien nach unserer Meinung durchaus zur Weckung der Unternehmerinitiative genügt hätten, ist als besonderer Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften das Recht des Unternehmers, die Tariflöhne zu senken, stipuliert worden. Es muß schon zugegeben werden, daß die geistigen Väter dieser Bestimmungen eine an sich durchaus geschickte Spekulation auf die lohnpolitische Einstellung des Unternehmers versucht haben. Wenn ihre Rechnung nicht aufging, dann liegen die Ursachen dafür nicht in den den Unternehmern zugeordneten Erleichterungen, sondern an anderer Stelle, an die die Regierung der Junker und Barone nicht gedacht hat. Trotzdem der ganze verfügbare Propagandaapparat der Regierung täglich der öffentlichen Meinung glauben machen will, daß auf Grund dieser Verordnungen Neueinstellungen erheblichen Umfangs vorgenommen würden, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Meldungen absichtlich übertreiben. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß sich zwischen den Arbeitslosenziffern der Reichsanstalt und jenen des Instituts für Konjunkturforschung erhebliche Unterschiede feststellen lassen. Für das dritte Vierteljahr 1932 wird die amtliche Arbeitslosenziffer mit etwa 5,3 Millionen Erwerbslosen ausgewiesen, während das Konjunkturforschungsinstitut 7,16 Millionen für den Monat Juli schätzt. Die Differenz, man nennt das so schön „Unsichtbare Arbeitslosigkeit“, ist also mit 1,7 bis 1,8 Millionen zu beziffern. Selbst wenn gegenüber dieser Zahl einige Vorbehalte gemacht würden, dann ist doch zweifellos die seit Juni gehandhabte Gesetzesmacherei als Fehlerquelle zu betrachten. Sie hat zwangsläufig zur Folge gehabt, daß durch Massenaussteuerungen von Erwerbslosen, durch Ausschaltung der Jugendlichen von jeglicher Unterstützung und schließlich durch rigorose Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung die Armee derjenigen Arbeitslosen sich ständig vermehrte, die bei den Arbeitsämtern überhaupt nicht mehr als erwerbslos geführt wird.

Wie sehr die Meldungen über Neueinstellungen übertrieben haben, geht aus einer ersten Übersicht, die sich auf die Meldungen der Schlichter stützt, hervor. Zwar sind die Meldungen angeblich nicht vollständig, es fehlen noch ein oder zwei Schlichterbezirke. Aber die mit so viel Pathos und Schwung verkündete Ankurbelung erscheint in sonderbarer Beleuchtung, wenn jetzt bekannt wird, daß die Neueinstellungen bis Schluß September nur 13000 betragen. Für die einzelnen Schlichterbezirke werden folgende Zahlen veröffentlicht:

| | |
|-------------------------------------|---------------|
| Rheinland | 1100 Arbeiter |
| Brandenburg | 3000 „ |
| Schlesien | 1250 „ |
| Mitteldeutschland-Sachsen | 4000 „ |
| Südwestdeutschland | 1200 „ |
| Bayern | 1490 „ |

Selbst wenn sich diese Zahlen inzwischen verdoppelt hätten, sie wären zu bescheiden gegenüber der Zahl von rund 7½ Millionen. Wie stark die echte Arbeitslosenzahl in derselben Zeit, also etwa im Laufe des September, gestiegen ist, läßt sich noch nicht übersehen. Die amtliche Zahl der Arbeitslosen hat in der ersten Septemberhälfte um 36000 zugenommen. Außerdem muß bei der Wertung der Zahl berücksichtigt werden, daß der Herbst bei einzelnen Industrien eine stets wiederkehrende Saisonbelebung, z. B. in der Textil- und Schokoladenindustrie, bringt, die Neueinstellungen von Arbeitskräften bedingt. Diese können doch unmöglich auf das Konto der Regierungsmaßnahmen gebucht werden, wie das jetzt geschieht. Auch müßte bekannt sein, wie viele Entlassungen seit dem Erlaß der Notverordnung insgesamt erfolgt sind, und es ist durchaus möglich, daß letztere erstere übersteigen. Man erinnere sich der Entlassungspläne bei Post und Eisenbahn.

Die Durchführung der Verordnung stößt überall auf Widerstand. Die Kompliziertheit der Durchführungsbestimmungen macht die Prüfung, ob dieselben recht und richtig angewandt werden, dem einzelnen Arbeiter überaus schwierig. Kein Wunder, daß das Gefühl, betrogen zu werden, die Oberhand gewinnt und die Abwehr gegen weiteren Lohndruck verstärkt. Zahlreiche Lohnkämpfe in allen Teilen des Reiches sind bereits entbrannt. Die Streiks sind zu einem großen Teil der Fälle erfolgreich gewesen. Die Unternehmer haben meistens nach kurzer Dauer des Kampfes auf die Lohnsenkungen verzichtet, da sie sich als einzelne nicht stark genug zu längerem Konflikt fühlten. Ein Betrieb, der heutzutage Arbeiter neu aufnimmt, muß über dringende Aufträge verfügen. Da Reserven nirgendwo mehr vorhanden sind, und außerdem bei den Konkurrenzunternehmungen keinerlei Neigung bestehen wird, dem besser beschäftigten Betrieb durch Beihilfen der Arbeitgeberorganisationen auf eigene Kosten das Fortkommen zu erleichtern, ist eine bestreikte Firma fast stets zum baldigen Nachgeben gezwungen. Nur an wenigen Orten, so in der Weiskensfelder Schuhindustrie oder bei dem Alexanderwerk in Remscheid, das seine Belegschaft von 700 Mann ausgesperrt hat, ist es zu ernsthafter Abwehr seitens der Unternehmer gekommen. Letztere Firma bewies übrigens, wie der Sinn der Notverordnung ins Gegenteil verkehrt werden kann. Sie bot der Belegschaft zum Ausgleich für die von ihr beabsichtigte Tariflohnunterschreitung die Verlängerung der Arbeitszeit auf 52 Stunden an. (!)

Im Unternehmerlager herrscht infolge der ungeklärten Lage nicht geringe Verwirrung. Man befürchtet die Verschiebung der Konkurrenzgrundlage auf Grund der Notverordnung, und es droht der auch in diesen Kreisen heimische Materialismus den Krieg „Betrieb gegen Betrieb“ heraufzubeschwören. Schon wurden Stimmen laut, die diese Notverordnungen als Sprengpulver für Arbeitgeberverbände bezeichneten. Zum Schutz der bedrohten Arbeitgeberinteressen hat die „Kölnische Zeitung“ schon nach einem Streikverbot gerufen. Gerüchte wollen wissen, daß im Kabinett tatsächlich Freunde eines solchen Verbotes vorhanden wären. Es wird zwar dementiert, jedoch

man kann nie wissen! In Unternehmerkreisen bemüht man sich auch um eine Änderung der heutigen Regelung und wünscht statt der vorgesehenen individuellen Behandlung des Einzelbetriebes eine generelle Regelung des Lohnabzuges. Gegen solche Absichten müßte sich unser Widerstand noch viel stärker richten, da die Löhne nach dem jahrelang währenden sukzessiven Abbau teilweise schon unter den Sägen der Wohlfahrtsunterstützung liegen.

Die Vorwürfe, die gegen die Gewerkschaften gerichtet werden, als ob sie sich gegen die notwendigen Opfer wehrten und absichtlich die Neueinstellung von Arbeitslosen sabotierten, gehen fehl. Zu Opfern haben sich die Gewerkschaften wiederholt bereit erklärt, ebenso deutlich aber zum Ausdruck gebracht, daß sie jede diktatorische Form ablehnen, daß eine untere Grenze respektiert und die soziale Gerechtigkeit beachtet werden muß. Will die Regierung, wollen die Pharisäer im anderen Lager behaupten, daß Rücksicht genommen sei auf die berechtigten Wünsche und Forderungen der Gewerkschaften? Das Gegenteil ist leider festzustellen.

Die Regierung beschwört, lockt und droht in ihrer Erklärung zur Entwicklung der Neueinstellungen. Die Drohung ist an die Gewerkschaften gerichtet. Sie wird wenig Erfolg haben, denn die Gewerkschaften bleiben ihrer Aufgabe, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, treu. Das böse Wort vom „Wohlfahrtsstaat“ wird so lange nicht vergessen, bis es durch Taten ausgelöscht ist. Unverbindliche Zusagen, etwa der Art, daß man bei entsprechender Verminderung der Arbeitslosigkeit die Unterstützungen erhöhen wolle, führen da nicht zum Ziel. Konfliktstoff ist übergenuß vorhanden, und Prestige-gründe sollen zuletzt maßgeblich sein, weiteren anzuhäufen. Der Konflikt wegen der Verordnung zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit ist aber nur aus der Welt zu schaffen, wenn auf die Durchführung der Lohnsenkungen verzichtet wird. Daß darauf verzichtet werden kann, hat die Entwicklung der letzten Wochen bewiesen. Die geringen Erfolge, die sie bisher gehabt hat, werden durch die Steuergutscheine für Neueinstellungen, die von heute an in Kraft treten, auch allein erreicht werden können. Gewiß sind 13 000 Neueinstellungen keine Zahl, die man verachten sollte; aber der innere Friede ist erst recht ein Gut, das heutzutage der Pflege bedarf.

Mehr Gewerkschaftsarbeit!

Die heutige Zeit erfordert es, daß die Arbeiterschaft fester und geschlossener denn je zusammenstehen muß. Errungenschaften der Gewerkschaften werden heute heißer denn je bekämpft, und die Rechte der Arbeiterschaft möchten gewisse Kreise überhaupt nicht mehr gewahrt wissen. Diese Zeit der wirtschaftlichen Not will man benützen, um der Arbeiterschaft die Waffe zu entwinden, die sie sich selbst in ihren Verbänden schuf, um die Vertretung ihrer Lebensinteressen und deren Sicherung wirksam durchzuführen. Am liebsten möchte man die Arbeiterschaft auf den Stand von vor 50 und mehr Jahren zurückdrängen. Die Arbeiterschaft soll wieder gehorchen lernen, ihr sollen zwar genügend Pflichten, aber keine Rechte mehr gegeben werden. Diese Bestrebungen sind für jeden Arbeiter deutlich erkennbar, und der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft fühlt die Wandlung der Dinge am eigenen Leibe.

Befremdlich ist, wie ein Teil der Arbeiterschaft so völlig teilnahmslos und gleichgültig diesen Bestrebungen und Entwicklungen zusieht, und ein anderer Teil versucht, mit vollständig verfehlten Mitteln diesen Bestrebungen Einhalt zu gebieten. Weder phlegmatische Charaktereigenschaften, noch eine weltanschaulich bestimmte Idealisierung des Leidentragens kann tatenloses Gewährenlassen reaktionärer Kräfte entschuldigen. Handeln heißt hier das sittliche Gebot. Handeln, aber mit Überlegung. Nicht die Rettung nur in Anwendung von Gewaltmitteln und in politischer Betätigung erblicken. Die Anwendung von Gewaltmaßnahmen ist immer ein Fehlschlag für die Arbeiterschaft gewesen, und die Kosten solcher Gewaltmaßnahmen hat die Arbeiterschaft immer selbst tragen müssen. Universalheilmittel aller Schäden und Beschwerden ist auch nicht die Politik. Die Macht des Stimmzettels wird leider überschätzt und darum manches versäumt und unterlassen, was zu tun notwendig wäre. Auf politische Betätigung verzichten, hieße zwar das Kind mit dem Bade ausschütten, es muß einmal klar und offen gesagt werden, daß der Welt politische Aktivität und politische Betätigung von Gewerkschaftsmitgliedern nicht immer und unbedingt Nutzen für die Gewerkschaftsbewegung bedeutet. Politik muß sein. Auch ist es gut, wenn wir in den uns nahestehenden politischen Parteien führende Kollegen haben, die dort ihren Einfluß geltend machen

können. Aber es darf nicht so weit kommen, daß praktische Gewerkschaftsarbeit hinter der politischen Arbeit zurückstehen muß. Das wäre für die Gewerkschaftsbewegung ein gefährlicher Zustand. Es ist zwar richtig, daß die gut geschulten Gewerkschaftsmitglieder auch am treffendsten und verständigsten über Politik und politische Maßnahmen urteilen können und darum auch mit in die politische Arbeit hineingezogen werden. Gibt es eine politische Partei, die nicht von sich behauptet, die Arbeiterinteressen am besten zu vertreten? Die Proklamationen der politischen Parteien wimmeln nur so von Schlagwörtern über Wahrnehmung der Arbeiterinteressen. Die Arbeiter aber sollen Vorsicht walten lassen und abwägen.

Das Hauptziel in dieser wirtschaftlichen Notzeit muß eine stärkere gewerkschaftliche Aktivität sein. Vollkommen vertritt die Interessen und Ziele der Arbeiterschaft nur die Gewerkschaftsbewegung. Der anerkannte Berufsverband ist die Stelle, welche am besten die Leiden und Nöte eines Arbeiters kennt und sich ihrer annimmt. Parteien und andere Verbände können nur teilweise Arbeiterinteressen vertreten. Das sei festgestellt, den Gegnern und Miesmachern zum Exempel.

Letztere finden wir auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern. Das sollte nicht sein. Aber wie oft hört man sagen, in der heutigen Zeit hätte Gewerkschaftsarbeit überhaupt keinen Zweck. Diesen Zweiflern sei gesagt, daß sie keine Gewerkschaftler im wahrsten Sinne des Wortes sind. Gewerkschaftsmitglied sein heißt, lebendig sein, sich bewegen, mitarbeiten, mitkämpfen, mit Sorgen und helfen für die Besserung der Lage der Arbeiterschaft. Dieses aber nicht nur in der Zeit, wenn es dem Arbeiter einigermaßen gut geht, sondern erst recht in der Zeit, wo versucht wird, die Arbeiterschaft zu entrechten und zu knechten, wo man dem Arbeiter nur Pflichten aufbürden und keine Rechte einräumen will. Mit demselben Recht, auch mit demselben Nachdruck, mit dem heute gewisse Kreise der Gewerkschaftsbewegung die Schuld an der augenblicklichen wirtschaftlichen Notlage zuschieben wollen, müssen immer wieder die wahren Schuldigen und die tatsächlichen Ursachen herausgestellt werden. Auf der einen Seite der Gewerkschaftsbewegung keinen Einfluß einräumen und andererseits dann aber der Gewerkschaftsbewegung die Schuld für Fehlschläge und Ereignisse zuschieben wollen, zeigt wie skrupellos gewisse Kreise in der Wahl der Kampfmittel sind. Merkwürdig genug ist allerdings, daß noch so viele Menschen darauf hereinfallen.

Die Zeiten sind hart, und schwer trägt die Arbeiterschaft ihr Geschick. Ist es nicht verständlich, wenn viele den Mut verlieren? Ist es aber richtig? — Nein! — Gerade jetzt, wo so viele erwerbslos sind, müßte man doch mehr als bisher zusammenkommen, müßte man doch mehr auf Mittel und Wege sinnen, wie die Arbeiterschaft für den Berufsverband gewonnen werden kann. Immer der augenblicklichen Not nachgehend, müßte man auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Zusammenschließung hinweisen. Die führenden Kollegen müssen den größten Wert auf regelmäßige Zusammenkünfte legen. Und gerade den führenden Kollegen muß es immer wieder gesagt werden: Mehr praktische Gewerkschaftsarbeit! Nicht in Kleinigkeiten und Experimenten sich verlieren. Nur die praktische Kleinarbeit innerhalb einer Bewegung bringt dieselbe vorwärts. Wir dürfen nicht von anderen unser Heil erwarten, sondern wir müssen uns auf uns selbst besinnen, wir müssen wieder, wie die Gründer unserer Bewegung, unserer eigenen Kraft vertrauen und dürfen uns von Pessimismus nicht unterkriegen lassen. Die gewerkschaftliche Kleinarbeit ist eben in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Es sind zu viele Sachen, die nur im losen Zusammenhang mit unserer Gewerkschaftsarbeit standen, derselben vorgezogen worden. Wir dürfen vor den lauten Problemen die Hauptaufgabe nicht außer acht lassen. Letzten Endes helfen uns die kleinen Dinge, die großen durchzuführen.

Ganz besonders aber muß davor gewarnt werden, die Jugendarbeit und die Jugendgruppenarbeit unter den augenblicklichen Schwierigkeiten notleidend werden zu lassen. Unübersehbar ist der Schaden, der der Jugendbewegung zugefügt wird durch Nichtbeachtung ihrer Arbeiten und Bestrebungen, Vertrösten auf andere und bessere Zeiten, ist kein Mittel zur Gewinnung der Jugend. Die Jugend hat kein Verständnis dafür, wenn ihre oft mit viel Mühe und Not geplanten Veranstaltungen durch andere Veranstaltungen, die nicht gewerkschaftlicher Art sind, gehindert oder auch hinten gestellt werden. Die Jugendbewegung kommt nicht erst an zweiter oder dritter Stelle, die Jugendbewegung steht meiner Ansicht nach mit an erster Stelle. Wir müssen immer bedenken, daß sich die Folgen einer Nichtbeachtung der Jugendbewegung erst später, aber

auch dann um so verheerender bemerkbar machen. Jugendarbeit ist eine der Hauptarbeiten gewerkschaftlicher Art, die wir heute überhaupt leisten können.
Hans Kother.

Rundschau.

Südwestdeutsche Möbelmesse. Die südwestdeutsche Möbelmesse in Frankfurt, die jährlich im Herbst veranstaltet wird, hat diesmal mit ihren nahezu 300 Ausstellern auf einer Fläche von 8000 Quadratmeter in ihrem Geschäftsergebnis die den Zeitverhältnissen entsprechenden sehr bescheidenen Erwartungen doch um einiges übertroffen. Der Besuch durch Käufer und Interessenten war gut, wenngleich auch bei den Abschlüssen immer noch die bisher geübte Vorsicht und Zurückhaltung obwaltet. Dementsprechend ist das Urteil über das geschäftliche Ergebnis bei den einzelnen Ausstellern ganz unterschiedlich. Trotz der schlechten Lage des Baumarkts gingen Küchen und Kleinmöbel recht gut; auch Polsterwaren sowie Zimmer in mittlern Preislagen erfreuten sich eines lebhaften Zuspruchs, während Zimmer in höheren Preislagen ziemlich zurückblieben. Die Eindeckungen für das bevorstehende Weihnachtsgeschäft, namentlich in Zubehörstücken, hat überdies das Interesse noch belebt. Das Geschäft mit dem Ausland gestaltete sich keineswegs befriedigend. Wenn auch 5 v. H. der Besucher auf das Ausland, vor allem Holland und die Schweiz entfielen, so diente deren Aufenthalt in erster Linie doch fast ausschließlich einem gewissen Aufklärungsbedürfnis.

Sparen am verkehrten Ende? Die Zahl der bei der Reichspost beschäftigten Angestellten und Arbeiter ist in der Zeit vom 30. Juni 1931 bis zum 30. Juni 1932 von 94 682 auf 78 523 gesunken. Rund 16 000 Arbeiter und Angestellte wurden in dieser Zeit entlassen.

Im Jahre 1931 hat die Reichspostverwaltung 111 Millionen Mark durch Gehalts- und Lohnabbau eingesparte Mittel an das Reich abgeführt. Im Jahre 1932 beträgt die durch Lohn- und Gehaltsabbau eingesparte Summe 140 Millionen Mark. Man drohelt die Briefzustellung, schädigt die Geschäftswelt, schafft Arbeitslose und führt die auf diese Weise eingesparten Beträge an das Reich ab. Wenn das nicht Schildbürgerei ist, dann gibt es keine mehr. Was geschieht mit den ersparten Millionenbeträgen? Man saniert bankrotte Industrie- und Bankunternehmungen und vor allem den bankrotten Großgrundbesitz. Bankrotte Betriebe werden also künstlich über Wasser gehalten auf Kosten der Arbeiter und Angestellten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Augsburg. Die Ortsverwaltung Augsburg hat in letzter Zeit eine Reihe von Bezirksversammlungen veranstaltet, welche durchweg gut besucht waren. Das Ergebnis dieser Versammlungen ist zusammenfassend folgendes:

Die Entwicklung auf staats- und sozialpolitischem Gebiete der letzten Zeit erfordert von uns im Interesse des Volksganzen den schärfsten Kampf für Recht und Freiheit. Allen reaktionären Maßnahmen und Bestrebungen, aus welchen Motiven und Quellen sie auch entspringen, muß Einhalt geboten werden, weil diese nicht nur, so wie dies insbesondere durch die Notverordnung vom 14. Juni und vom 4. und 5. September geschehen ist, eine einseitige, untragbare Belastung der Arbeiterschaft darstellen, sondern vor allem weil diese Maßnahmen und Bestrebungen mit der christlichen Gerechtigkeit nichts mehr zu tun haben und mit einer „Gott-gewollten-Ordnung“ nicht mehr in Einklang zu bringen sind.

Volle Einmütigkeit bestand darüber, daß der uns aufgezwungene Kampf nicht leicht ist, aber mit Erfolg geführt werden kann und muß, wenn die gesamte Arbeiterschaft mehr gewerkschaftliche Aktivität entfaltet.

Anerkennend wurde hervorgehoben, daß fast alle Mitglieder der Zahlstelle Augsburg, Gehilfen wie Lehrlinge, einschließlich der arbeitslosen Kollegen, ihrer Beitragspflicht gewissenhaft und pünktlich nachkommen. Das allein kann aber in einer anormalen Zeit, wie der heutigen, nicht genügen. Es müssen darüber hinaus alle, nicht nur ein Teil der Kollegen, an der Stärkung unseres Verbandes mitarbeiten.

Wenn alle Mitglieder die Notwendigkeit der Werbearbeit erfaßt hätten, könnte es kaum vorkommen, daß Verbandskollegen im Betriebe neben unorganisierten Lehrlingen oder Gehilfen stehen, oder in den Vereinen oder Sportplätzen beisammen sind, ohne sich

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 9. bis 15. Oktober ist der 42. Wochenbeitrag fällig.

Einsenden der bis Jahresluß vollgeklebten Mitgliedsbücher.

Alle Mitgliedsbücher, die bis zum Jahresluß vollgeklebt sind, sind ab September in folgender Reihenfolge zum Umtausch nach Köln einzusenden. Aus dem

- Gau Stuttgart vom 1. bis 15. Oktober,
- Gau Frankfurt vom 15. bis 31. Oktober,
- Gau Düsseldorf vom 1. bis 15. November,
- Gau Bochum vom 15. bis 30. November,
- Gau Hannover und Bremen von 1. bis 15. Dezember,
- Gau Berlin und Sachsen vom 15. bis 31. Dezember,
- Gau Danzig und Breslau vom 1. bis 15. Januar 1933.

Die Zahlstellenverwaltungen werden gebeten, die Mitgliedsbücher rechtzeitig einzusammeln und nach Köln zu senden, damit der Umtausch in den angegebenen Zeiträumen erfolgen kann.

ernstlich Mühe zu geben, die uns noch Fernstehenden für unseren Verband zu gewinnen.

In diesen Versammlungen wurde in der Aussprache durch verschiedene Kollegen der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß unsere Gewerkschaftsarbeit nicht ohne Erfolg war und auch nicht ohne Erfolg bleiben wird, wenn ein einheitliches Wollen vorhanden ist, getragen von Pflichtbewußtsein und Opfergeist.

Der Zahlstelle Augsburg war es möglich, trotz der großen und langandauernden Arbeitslosigkeit, trotz der Heze gegen die Gewerkschaften und ihrer Führer die Mitgliederzahl auf ansehnlicher Höhe zu halten. Es ist dies ein Beweis für die Erkenntnis der Mitglieder, daß der Verband die beste Stütze im Kampfe für Recht und Freiheit gegen alle Unterdrücker eines selbständigen Arbeiterstandes ist. Das einmütige Zusammenarbeiten der Vorstandschaft, nicht zuletzt die unermüdete Tätigkeit der Vertrauensmänner, die fast restlos Jungmänner und selbst schon teilweise bis zu zwei Jahren arbeitslos sind, mußten sich zugunsten der Zahlstelle auswirken. Die Werbearbeit bringt auch heute noch jeden Monat Erfolg, könnte aber, wie schon angeführt, erfolgreicher sein, wenn jeder Kollege an seinem Platze mithelfen würde.

Unser Bezirksleiter Kollege Kronthaler, welcher in allen Bezirksversammlungen über die wichtigsten Tagesfragen referierte und auch die richtigen Worte fand, dankte allen Mitgliedern herzlich für die Treue zum Verbands, sprach seine Anerkennung aus für die gute Zusammenarbeit, und bat, die Arbeit in bewährter Weise fortzuführen.

30 Jahre Zahlstelle Paderborn. Am 25. September d. Js. beging unsere Zahlstelle in Verbindung mit den Verwaltungen des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes und des Bauarbeiterverbandes ihr 30jähriges Bestehen. Am 2. September 1902 wurde unsere Zahlstelle in Paderborn gegründet. Die Feier wurde eröffnet durch die Gesangsabteilung des katholischen Arbeitervereins unter persönlicher Leitung ihres Dirigenten, Domorganisten Schürmann. Der Leiter der Laienspielschar, Kollege Brockmeyer, trug einen Prolog vor. Der Versammlungsleiter, unser Vorsitzender Heinrich Krenz, brachte einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit der Gewerkschaften in den letzten 30 Jahren und dankte besonders unseren 3 Jubilaren für ihre Mühen und Arbeiten, die sie dem Verband gewidmet. Er versprach, es ihnen gleich zu tun, besonders in dieser schweren Zeit.

Zu unserer Jubelfeier waren viele Ehrengäste erschienen. Se. Eminenz der hochwürdigste Herr Erzbischof Dr. Klein hatte durch seinen Vertreter ein Schreiben überreichen lassen. Der hochwürdigste Herr wünscht der Gewerkschaftsbewegung vollen Erfolg zum Wohle der Arbeiterschaft. Der Herr Landrat ließ sich durch ein Schreiben entschuldigen. Erschienen waren der Bürgermeister der Stadt Paderborn, der Vorsitzende des Arbeitsgerichts, Landtagsabgeordneter Köthenbürger, Prälat Schäfers, Vertreter der katholischen Arbeitervereine und Vertreter unserer Bruderverbände.

Nach der Begrüßung ergriff der Reichsjugendleiter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Kollege Albert Vogt, das Wort zu seiner Festrede und entbot herzlichen Gruß und Handschlag den alten und jungen Gewerkschaftlern, herzliche Glückwünsche und

den Dank des Gesamtverbandes. In einem Rückblick über die treue Gewerkschaftsarbeit, die die Paderborner Gewerkschaftler geleistet hätten, leitete der Redner über zu den augenblicklichen aktuellen Fragen. Der Geist der Gründer müsse auch heute wieder lebendig werden. Der Bau unserer Gewerkschaft stehe zwar fest, aber die Kräfte, die gegen die Gewerkschaften kämpften, seien nie so aktiv gewesen wie heute. Besonderen Beifall fanden seine längeren Ausführungen über die Sozialpolitik und den „Wohlfahrtsstaat“ der Regierung Papen. Die Notverordnungen mit ihren furchtbaren Auswirkungen haben bewiesen, daß wir wieder in einem autoritären Herrenstaate leben. An Hand von Beweisen legte er erschütternde Klagen dar, die brennende Anklagen gegen das neue System enthielten. Die „Heiligkeit der gottgewollten Ordnung“ bedeutet, daß ähnlich wie vor der französischen Revolution die Besitzenden nichts, die Arbeiterschaft aber alles bezahlen müsse. Es könne nur eine gemeinsame Abwehr gegen die Wohlfahrt, wie Herr von Papen sie sähe, geben; denn sie widerspräche den elementarsten Forderungen der sozialen Gerechtigkeit. Als einziges Positivum der Regierungsmaßnahmen blieben sehr starke Verschlechterungen der Lebensbedingungen der arbeitenden Schichten. Die Folge dieser verfehlten Politik sei eine weitere Radikalisierung der Massen. Das einzige Bollwerk gegen die augenblicklich Mächtigen seien nur die christlichen Gewerkschaften. Auf uns kommt es augenblicklich an, das Erreichte auch in die Zukunft hinüber zu retten. Es könne schon in den nächsten Tagen geschehen, daß das freie Wort des freien Mannes verboten und daß die Gewerkschaften in ihren wesentlichen Funktionen gehemmt würden. Die Jugend könne vor die Möglichkeit gestellt werden, daß sie wieder da anzufangen hat, wo vor 30 Jahren die Väter den Anfang machten. Aber mit dem Kampfeswillen wachse die Kraft und Stärke. Der Alten Begeisterung beherrsche auch die Jugend. Heiliges Gelöbniß soll es sein, aufzublicken zu der alten Schaffenskraft der im Dienst ergrauten Kämpen, selbst wenn der Weg durch das Tal niedergetrampelter Hoffnungen geht. Wir wollen, so schloß der Redner, Licht, Luft und Sonne auch für den Arbeiterstand. Es soll keine Herren und Knechte, sondern freie Menschen in unserem Staate geben.

Stärkster Beifall dankte dem Redner für seine temperamentvollen Ausführungen, mit denen er allen Gewerkschaftlern in überfülltem Saale aus der Seele gesprochen hatte. Auch an dieser Stelle danken wir dem Kollegen Doß nochmals für seine trefflichen Ausführungen.

In den Glückwunschanreden der Gäste wurde besonders die enge Verbundenheit und die aktive Arbeit der christlichen Gewerkschaften mit den geistlichen und weltlichen Behörden betont. In einem kernigen Schlußwort konnte unser Vorsitzender Heinrich Krenz in einem zusammenfassenden Appell die Kollegen auffordern, weiter für die christlichen Gewerkschaften zu kämpfen.

H. K.

Rheda. Die neu aufgebaute Zahlstelle Rheda konnte in den letzten Tagen einen schönen Erfolg buchen. Es wurde der Beweis wieder einmal erbracht, daß auch in den schlechtesten Zeiten mit Einigkeit und Entschlossenheit erfolgreich gekämpft werden kann.

Die von der derzeitigen Reichsregierung auf Kosten der Arbeiterschaft, zugunsten der Unternehmer betriebene Sozialpolitik, d. h. die Gewährung der sogenannten Beschäftigungsprämie von 100,— RM für jeden neu eingestellten und ein Vierteljahr beschäftigten Arbeitnehmer, hatte es einer hiesigen Firma angetan. Die Inanspruchnahme der Einstellungsprämie ist an sich nicht verwerflich. Wohl aber ist es ein soziales Unrecht, gleichzeitig von den Lohnkürzungsbestimmungen Gebrauch zu machen. Im vorliegenden Fall sollte die Arbeitszeit verkürzt und damit der Lohn, der schon mangels einer tarifvertraglichen Bindung 5 Pfennig unter dem Stundenlohn benachbarter Firmen steht, noch geringer werden.

Das schlug dem Faß doch den Boden aus. Es war nicht notwendig, daß die Gewerkschaften „heften“, denn alles, was sich sonst im Betriebe als Mangel an Einigkeit zeigte, war jetzt begraben. Es zeigte sich, daß selbst eine „autoritäre“ Regierung die Rechnung nicht ohne den Wirt, das heißt ohne die Arbeitnehmer machen kann. Fast reflexlos war die rund 120 Mann starke Belegschaft in 2 Betriebsversammlungen erschienen und gab den Willen kund, daß den fortwährenden, in immer neuen Formen geforderten Lohnverschlechterungen Einhalt geboten werden müsse. In der zwischen Gewerkschaftsvertretung und Betriebsrat einerseits und der Firma stattgefundenen Verhandlung wurde vereinbart, daß die Arbeitszeit auf 45 Stunden pro Woche herabgesetzt wird und als teilweisen Lohnausgleich der bisherige Stundenlohn um

2 Pfg. erhöht wird. Die Firma regelt im Verein mit dem Betriebsrat dann die Staffelung nach unten und die Akkordregelung.

Das Ergebnis befriedigt nicht ganz. Doch zeigt der Anfang, daß durch Solidarität und zielbewußte Führung auch heute noch manches zu erreichen ist, was vor kurzem infolge der großen Uneinigkeit unmöglich erschien. Aufgabe der Belegschaft aber ist es, ihre Reihe zu festigen und sich in der Organisation einen dauernden, und immer stärkeren Stützpunkt zu verschaffen.

Büchermarkt.

Volk und Boden, H. J. Wagenbach, Protte Verlag Potsdam. Preis 1,20 RM.

In dieser außerordentlich inhalts- und lehrreichen Schrift zeigt der Verfasser in einer wegen ihrer Schlichtheit besonders eindrucksvollen Darstellungsform, wie der Bodenmißbrauch, der große Störfried, in unserer heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. Wir kennen keine andere sozialpolitische Schrift der letzten Jahre, die auf wenigen Blättern eine solche Fülle gut durchdachter Vorschläge und reiften Wissens brachte als die vorliegende. Ihre aufmerksame Lektüre ersetzt das Studium gelehrter, dickleibiger Wälzer.

Juristisches Konversationslexikon. Dr. Helmuth Lehmann hat bei der „Schwabachersche Verlagsbuchhandlung m. b. H.“ Berlin dieses Nachschlagebuch des deutschen Rechts für alle Kreise in zweiter Auflage herausgegeben. Etwa 2000 Stichwörter sind in lexikalischer Kürze hier behandelt, und die alphabetische Anordnung der Stichwörter erleichtert das Auffinden schnell und sicher. Am Schluß des Buches befindet sich ein Literaturverzeichnis, welches für das Studium spezieller Rechtsgebiete gute Dienste leisten dürfte. Der Preis des Buches ist volkstümlich mit 2,85 RM festgesetzt und darum die Beschaffung, die empfehlenswert ist, überall da möglich, wo bisher wegen fehlender Mittel eine solche unterblieben ist.

Tabellen und Wissenswertes für jedermann. Von Arthur Wagner.

Mit vielen Beispielen, Zeichnungen und Lösungen. 51. bis 65. Tausend (5., bedeutend vermehrte und verbesserte Auflage). Umfang 112 Seiten (m. Anhang: Sozialversicherung, Steuern, Post- und Eisenbahngebühren usw.). Haltbar broschiert. Taschenformat. Preis ohne Anhang 1,20 RM, mit Anhang 1,50 RM, Anhang allein 0,35 RM, Porto 15 Rpf. Verlag Gebrüder Jänecke, Hannover. (Postcheckkonto: 1650 Hannover.)

Das vorliegende Büchlein will dem Leser nicht nur helfen, seine früheren Kenntnisse wieder aufzufrischen, sondern auch ein Ratgeber und Helfer über viele Einzelfragen sein, die im Leben täglich vorkommen.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, wurden viele Teilgebiete der Wissenschaft, wie Arithmetik, Mathematik, Geometrie, Trigonometrie, Physik, Chemie, Statistik, Astronomie und Astrologie, Wetterkunde, ferner Fremdwörter usw. im deutschen Sprachschatz, Rechtsleben, Scheck- und Wechsellehre, Geschichte und vieles andere, als Anhang Sozialversicherung, Steuern, Post- und Eisenbahngebühren, herangezogen und allgemeinverständlich bearbeitet.

Nach dem Grundsatz „Derwendbare Kenntnisse“ bringt das Büchlein aus allen oben angeführten Gebieten nur das Wichtigste in konzentrierter Form, einfach, kurz, klar und leichtverständlich, mit vielen Erläuterungsbeispielen.

In der Neuauflage sind infolge der häufigen Abänderung der Bestimmungen und Zahlgrenzen die Kapitel über Sozialversicherung, Steuern, Post- und Eisenbahngebühren als Anhang gesondert geheftet dem Büchlein beigelegt. Dadurch wird erreicht, daß dem Leser nicht die veralteten, sondern die jeweilig gültigen Vorschriften zur Kenntnis gebracht werden. Der Anhang kann auch als Einzelheft zum Preise von nur 35 Reichspfennig bezogen werden.

Alles, was in diesem billigen Werkchen gebracht worden ist, setzt in Erstaunen. Für 1,20 RM ein kleines — Lexikon. Wer es kauft, hat sein Geld bestimmt nicht fortgeworfen.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken. E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 7 II

Anzeigenpreis für die vierteljährliche Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Solzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich angeheftet. — Für Nichtmitglieder ist der „Solzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Selbstendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.